Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Das Spiel der Toren

-an- Die «Eingabe der Zweihundert» hätte bestimmt ihre Wirkung in der schweizerischen Oeffentlichkeit schon ausgeübt und würde gemach in den Halbschatten anderer Interessen zurücktreten ... (man vergisst ja heutzutage so rasch!) — wenn nicht der aktive Teil der Unterzeichner für neues Oel gesorgt hätte, das die Flammen hell auflodern liess. *In der «Waag» in Zürich kamen ihrer Siebzig* zusammen und hielten eine Aussprache. Man hätte wohl nicht vernommen, wie die Debatte verlaufen, wäre nicht ein Vertrauensmann des «Volksrechts» dabei gewesen — einer der «Siebzig» oder einer, der sich als ein solcher ausgab. Von ihm wurde zuerst die Parteipresse unterrichtet, worauf man die Darstellung des Zürcher Blattes auch anderswo abdruckte. Was daran interessiert, sind einige *wenige Einzelheiten, die dafür enorm wichtig werden können.* Da hat der Zürcher *Frick* sich auf einen Brief des Generals berufen, welcher erklärt haben soll, dass er mit Frick «einverstanden» sei. Der andere wichtige Zürcher Unterzeichner, *Dr. Allemann*, sagte: «Wenn es dabei bleibt, dass jeder Unterzeichner als Landesverräter hingestellt wird, so besteht die Gefahr, dass der Bundesrat und andere Behörden sehr bald ins gleiche Licht gerückt werden». Herr *Hektor Ammann aus Aarau* bestätigte, dass *vor Eingabe der Petition ein Bundesrat ins Vertrauen gezogen worden sei*, und zwar schon im Stadium der ersten Beratungen. Von seiten des Bundesrates sei man «gar nie einem Vorwurf wegen dieser Eingabe begegnet, als sei sie landesschädlich oder unschweizerisch».

Wir geben als Beispiel der Wirkung solcher Demonstrationen ein Tramgespräch aus Bern wieder, welches so lautete: «Die Eingabe der Zweihundert stellt wahrscheinlich den bereinigten Text dar, mit welchem sich der zu den Beratungen herbeigezogene Bundesrat einverstanden erklärte. Petitionen werden doch gewöhnlich nur eingereicht, wenn man sich über den Text mit der Stelle ins Einvernehmen gesetzt hat, die sie entgegennehmen soll — wenigstens in den massgebenden Kreisen geht das so zu.»

Hätten doch die Toren in Zürich geschwiegen! Im besten Falle wird ihre Demonstration ausgelegt als Racheakt gegen den Bundesrat, weil er die 173 Adressen der Oeffentlichkeit preisgegeben — im bösern Fall als Wutanfall eines «preisgegebenen Komplicen» — denn die Anführer der Siebzig behandeln wirklich die angeblich «einverstandenen höchsten Stellen», als *wären* sie Komplicen, und die Opposition, die scharf auf jede Gelegenheit lauert, um anzugreifen, braucht nur das Protokoll der Bundesratsverhandlungen einzufordern, in welchen die Eingabe behandelt wurde, und schon wird der Skandal den höchsten Schärfegrad annehmen. Wer heute ein guter Schweizer ist und beschwören kann, er habe anno 1940 aus Gutgläubigkeit oder aus Dummheit unterzeichnet, der schweigt und zieht die Konsequenzen. *Die bürgerlichen Parteien von Baselstadt* fordern dies und sagen es mit aller Deutlichkeit: Ohne Würdigung der Tatsache, dass die Eingabe in zeitlichem Zusammenhang mit den damaligen frontistischen Vorstössen und den Pressebesprechungen mit dem deutschen Spionageleiter Dr. Hügel stand, kann die Aktion der «Zweihundert» nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt werden. Dass natürlich eine Reihe «gutgläubiger Schweizer» sich damals fangen liessen von Ausdrücken der Eingabe, die «in tiefer Sorge um die Unabhängigkeit des Vaterlandes» unsere Widerstand leistende Presse knebeln wollte, weiss man, aber man weiss auch, dass diese Presseknebelung eine der Forderungen des Gegners war, welcher uns bedrohte. Wir haben hier vor Wochen gesagt, die Presse hätte vertraulich unterrichtet werden müssen, dass jenseits der Grenze ein Verrückter uns nicht aus militärischen Gründen, sondern wegen eines Zeitungsartikels überfallen könne. Fast genau denselben Satz hörten wir nun aus der «Waag» in Zürich, mit dem Zusatze, die Deutschen selber hätten diese Verrücktheit des Führers und der SS bezeugt! Wenn sie das damals so gut wussten — und wenn es wirklich die «tiefe Sorge um die Unabhängigkeit des Vaterlandes» war, warum erklärten sie sich solidarisch mit der Methode des Feindes, der zuerst die Entwaffnung unserer «geistigen Verteidigung» forderte? Warum sahen sie keinen andern Weg als die «Knebelung»? Und warum zeigen sie auch heute wieder der Presse ihre unverhohlene Feindschaft?

Die bürgerlichen Parteien Basels warten laut ihrer Erklärung auf *die weiteren angekündigten bundesrätlichen Mitteilungen über antidemokratische Umtriebe in jenem Gefahrenjahre* und deuten an, dass nur rückhaltlose Offenheit das Vertrauen zwischen Volk und Behörden erhalten könne. Die Andeutung der «Komplicenschaft» zwischen den Zweihundert und unsern «obersten Stellen», von seiten der «Anpassern» ist eines der schlimmsten Gifte, das ins Volk gestreut wurde. Hoffentlich wartet der Bundesrat mit der wirksamen Dosis Gegengift auf, und zwar an Hand seiner weitern Mitteilungen.

Oben: Unter den kriegsstummelten Kindern aus dem Elsass, die kürzlich dank der Hilfsaktion der Schweizer Spende und des Schweizerischen Roten Kreuzes (Kinderhilfe) in die Schweiz gelangten, befand sich auch der nicht ganz fünfjährige Albert Schmidt, der vollständig erblindet war. Dank einer der Augenklinik Lausanne von Dr. Bernardo Streiff vorgenommenen Operation ist dem kleinen glücklichen Buben das Augenlicht wiedergegeben worden.

Links oben: Nach einem Jahr enthält von viereinhalb Jahren in der Schweiz ist der spanische Thronprätendent Don Juan, der von Barcelona, mit seiner Gattin per Swissair-Flugzeug nach Lisabon ausgereist, von wo er sich nach Portugal begeben hat, um die Wiederaufrichtung der Monarchie in Spanien anzubahnen. (ATP)

Links: Dieser Tage versammelten sich in Belmont 400 bis 500 waadtländische Grubenarbeiter, um zu Fuss ihren «Marsch auf Lausanne» anzutreten. Sie gelangten vor das Schloss, wo sie den Staatsrat ein Schreiben überreichten, in welchem das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement ersucht wurde, Schritte zu unternehmen, um die Kohleninporteure zu veranlassen, die einheimische Kohle zu oder teilweise zu übernehmen.

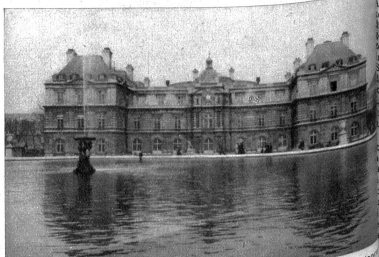
Oben: Nationaler Staffellauf in Adelboden: Der S. C. Allalin Saas-Fee lief seinen Konkurrenten auf der ersten Teilstrecke schon so klar davon, dass an ein Aufholen der anderen gar nicht mehr zu denken war. Unser Bild zeigt die „fliegende Übergabe" von Leo Supersaxo an den wieselflinken Arnold Andenmatten. (ATP)

Oben: Die Meisterschaft der Viererstaffel gewann Skiclub Champex, der den bereits letztes Jahr gewonnenen Titel abermals heimführt. Von links nach rechts: Crettex Georges, Droz A., Droz G., Droz R. Rechts der mehrfache Schweizer Langlaufmeister Max Müller, Siders (Photopress)

Links: Bei den Damenmeisterschaften kam es zu einem scharfen Duell zwischen den bisherigen Titelhalterinnen Maja Hug, Ursula Arnold und Doris Blanc, wobei die Zürcherin Maja Hug mit einem schönen Vorsprung als Siegerin hervorging (ATP)

Das Palais du Luxembourg

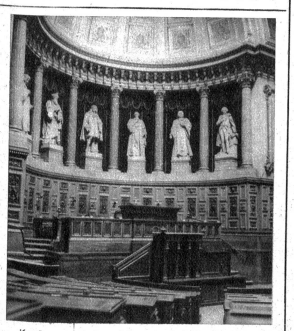
Sitz der Pariser Friedenskonferenz



Die Fassade des Palais du Luxembourg, davor der Fontaine de Médicis (Photop

Die französische Regierung ist von den Vereinten Nationen angefragt worden, ob sie ihre Zustimmung zur Abhaltung der Friedenskonferenz im Monat Mai dieses Jahres in Paris geben könne. Der französische Ministerrat hat daraufhin seiner letzten Sitzung beschlossen, der künftigen Friedenskonferenz das Palais du Luxembourg als Tagungsort zur Verfügung zu stellen.

Das Palais du Luxembourg wurde von Salomon de Brosse in den Jahren 1615—1621 für die Königinwitwe Maria von Medici an Stelle des Hôtel des Herzog von Luxembourg abgekauften Schlosses erbaut.



Konferenzsaal, in welchem die Delegierten der Friedenskonferenz im Monat Mai tagen werden

Die „UNO" existiert

Es ist ein gewaltiger Unterschied vorhanden zwischen den Debatten im ehemaligen Völkerbund und jenen, die in der «UNO» ausgefochten werden. Während man voreinst in Genf sich *am Ideal einer völkerversöhnenden Institution begeisterte* und jedem Problem von Anfang an auswich, um schliesslich im Falle der Mandschurei und Abessiniens schmählich zu versagen, stossen diesmal die Partner mit aller Heftigkeit aufeinander und bekennen sich zu ihren Interessen, für welche sie die Mehrheit zu gewinnen hoffen. Natürlich geht es nicht ohne die üblichen «politischen Perfidien» ab, und selbstverständlich verzichtet niemand auf die «Teufelskünste des Verhandelns»; Es schickt auch kein Staat ehrliche Bauern oder Sonntagsschullehrer in solche Verhandlungen. Die «advokatischen Naturen» scheinen die Berufenen zu sein und zu bleiben, und ihre Härte und Unverfrorenheit allein vermag anscheinend «die Interessen zu wahren». Genauer gesagt: Die Parteiinteressen. Denn die Interessen der Allgemeinheit, in diesem Falle der Menschheit, würden andere Methoden verlangen.

Wer an Prozessverhandlungen seine Freude hat, kam im wahrsten Sinne des Wortes auf seine Rechnung, wenn er den *Verhandlungen im «Sicherheitsrat» der «UNO» über die russische Klage wegen der unmotivierten Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland* folgte. Der herkulische *Wyschinski*, berühmter russischer Staatsanwalt im Prozess gegen die «Trotzkisten» — der Amerikaner Davis sagt: Gegen die russische Fünfte Kolonne *vor* Kriegsausbruch — klagte an, das heisst, er begründete die eingereichte Klage. Für ihn waren die englischen Truppen das Bollwerk, das die griechischen Fascisten benützten, um ihre Macht zu halten und die kommenden Wahlen zu gewinnen. Mit britischer Hilfe wurde so Griechenland zu einer Gefahr für die Nachbarn, Albanien und Bulgarien. Stalin gab seine

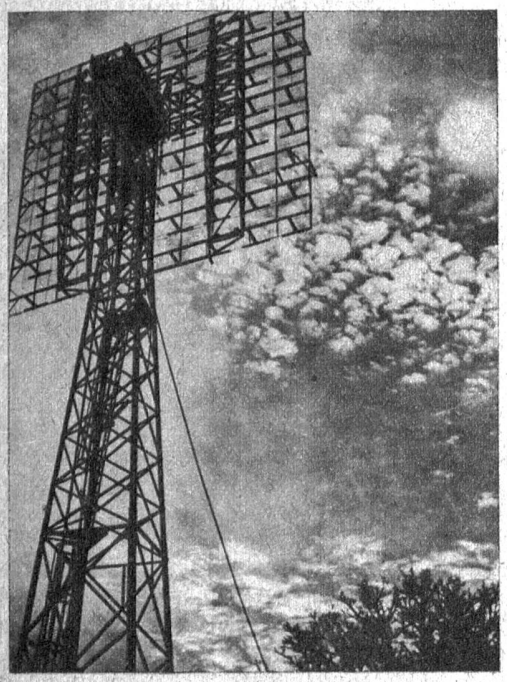
Einwilligung zum Einmarsch der Briten, als es galt, die Deutschen zu vertreiben. Aber die Anwesenheit alliierter Truppen in einem befreundeten Land ist nur dann gerechtfertigt, wenn es gilt, einen Gegner aus diesem Lande zu vertreiben oder um den Nachschub für eine anderswo stehende Armee zu sichern. Für die «Aufrechterhaltung einer bestimmten Ordnung» aber dürfen solche Truppen nicht verwendet werden. Das ist Sache der Einwohner eines solchen Landes, in diesem Falle der Griechen selbst. Mit kühner Stirn verlangte also Wyschinski, die Engländer müssten abziehen, der Sicherheitsrat habe ihnen den Abzug zu befehlen, damit die Griechen selbst entscheiden könnten, welche Staatsform und welches Regierungssystem sie sich geben möchten. Dabei überlegten sich wohl sämtliche nichtrussischen Delegierten, und ohne Zweifel auch die Russen, dass zwischen Griechenland und Passau und zwischen Passau und Königsberg russische Armeen es sind, welche die derzeitig vorhandenen Regierungssysteme stützen.

Bevins Verteidigung Englands war nicht minder massiv. Die britischen Truppen, die die Deutschen aus dem Lande vertrieben, hatten nachher den Bürgerkrieg zu verhindern und die Aufrichtung einer «Einparteienregierung« zu unterbinden. Ob die wenigen Zehntausend Engländer und die kleine Griechenarmee oder die schwer bewaffneten bulgarischen, jugoslawischen und russischen Armeen in ihrer gewaltigen zahlenmässigen Ueberlegenheit eine grössere Kriegsgefahr bilden, mag sich der Rat selber sagen! England wird gerechte Wahlen sichern und eine Mehrparteienregierung aufrichten helfen. Das ist alles.

Die eigentlichen Interessen

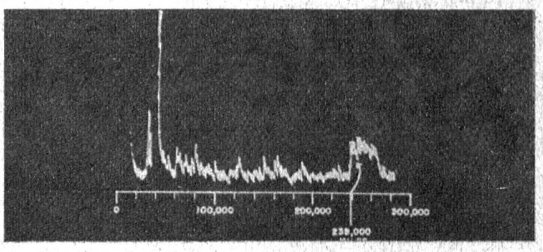
der Russen und der Engländer leuchteten aus dem Gewebe von Anklage und Verteidigung so deutlich hervor, wie etwa die weissen Unterkleider durch die geschlitzten Hosen eines Mexikaners. Russland hat nichts gegen die Anwesenheit der alliierten Truppen in Italien und Frankreich einzuwenden. Es nimmt als selbstverständlich an, dass sich niemand gegen die drei russischen «Durchzugskorridore» in Polen, die jüngst geschaffen wurden, auflehne: Königsberg-Stettin, Warschau-Berlin, Lemberg-Krakau-Dresden. Aber es will die Engländer aus Griechenland weghaben. Denn es glaubt, die wirtschaftliche Lage würde daselbst automatisch die Kommunisten ans Ruder bringen, oder wenn nicht die Kommunisten, dann die vereinigten Linksparteien der «Eam», die Wyschinski auch mit einer Erklärung zu Hilfe eilten. Eine «Eam-Regierung» aber würde bedeuten, dass das Land einen prorussischen Kurs einschlagen und in jeder kommenden Auseinandersetzung als «offene Seitenwunde» an der Verkehrsader des Mittelmeeres die britische Aktionsfreiheit hindern müsste. England steht ja auch vor der *ägyptischen Forderung auf eine Neuregelung des Bündnisverhältnisses* und auf Entfernung der britischen Armeen, so wie sie aus Syrien und Libanon — gleich den Franzosen — in jüngster Zeit entfernt wurden. Selbstverständlich wissen die Russen ebenfalls, was die Aegypter verlangen, und nur ein Blinder wird übersehen,

Rechts: Amtseinsetzung des Generalsekretärs der UNO in London, Trygve Lie (Norwegen). Die Mitglieder haben sich in der Central Hall von ihren Sitzen erhoben. In der Dreiergruppe stehend (Mitte) erkennt man v. l. n. r. Präsident Spaak, Gladwyn Gebb, ehemaliger Sekretär des Exekutivkomitees und Trygve Lie. In der Fünfergruppe, links stehend, erkennt man als Zweiten von links Bevin und neben ihm Bidault. In der Gruppe stehend rechts erkennt man als Zweiten von rechts Stettinius und neben ihm Wyschinsky (Photopress)



Links: Eine der bedeutendsten Erforschungen unserer Zeit wird jetzt bekanntgegeben: Die „Verbindung" mit dem Mond und sogar mit der Sonne ist von der Erde aus hergestellt. Es ist gelungen, Radar-Impulse nach dem Mond auszustrahlen, von wo aus die gleichen Impulse, nur wenig verzerrt, als „Echo" zurückgestrahlt worden sind. Für die Erforschung der Jonosphäre und für genaue Distanzmessungen sind diese in Belmar im Staate New York gemachten Versuche von eminenter Bedeutung. Unser Bild zeigt den Radar-Sendeturm von Belmar und den 381 000 km entfernten Vollmond, der nach zweieinhalb Minuten „antwortete" (ATP)

Unten: Unser Diagramm zeigt den Weg des ausgestrahlten Zeichens (links unten) beim Versuch vom 22. Januar 1946 zum 381 000 km entfernten Mond. Rechts erkennt man die „Antwort", genauer die Rückstrahlung der Radar-Wellen vom Mond in etwas verzerrter, aber gut wahrnehmbarer Art (ATP)



Wir erinnern uns...

1942

7. Februar. Die Deutschen erklären nach dem gelungenen russischen Einbruch zwischen *Rschew* und *Welikije Luki*, im Osten sei «die Winterlinie erreicht». Bei *Singapur* landen die Japaner auf der Westseite der ringsum blockierten Insel.

1943

5. Februar. Die Reste der deutschen *Kaukasusarmee* fallen auf die westliche *Kuban-Halbinsel* um *Krasnodar* zurück. *Rostow* ist direkt vom Süden angegriffen, der deutsche Brückenkopf südlich des Don liquidiert. Die russische Offensive breitet sich weit nach Norden aus und bringt die Bollwerke der Deutschen östlich von *Kursk* zum Einbruch.

1944

6 Februar. Nach zwölf wütenden Durchbruchsversuchen und andauernden Vorstössen der Entsatzarmee brechen die *10 bei Kanew am Dnjepr eingeschlossenen deutschen Divisionen* ihrem Ende entgegen. Die Südflanke der Dnjeprfront bricht nach dem Fall von *Nikopol* zusammen. *Finnland* verlangt von den Alliierten die Friedensbedingungen.

1945

5. Februar. Die Deutschen geben zu, dass *Schukows Spitzen bei Küstrin die Oder erreicht* haben. Die *Offensive gegen Pommern* zeichnet sich ab. Aus der Gegend von *Thorn* erfolgen die ersten Vorstösse in Richtung Seenplatte, um *Danzig* abzuriegeln. Der restliche Kessel in *Ostpreussen* schmilzt zusammen. *Königsberg* ist rings umschlossen.

dass *alle im östlichen Mittelmeer vorhandenen Probleme als Einheit aufzufassen* sind.

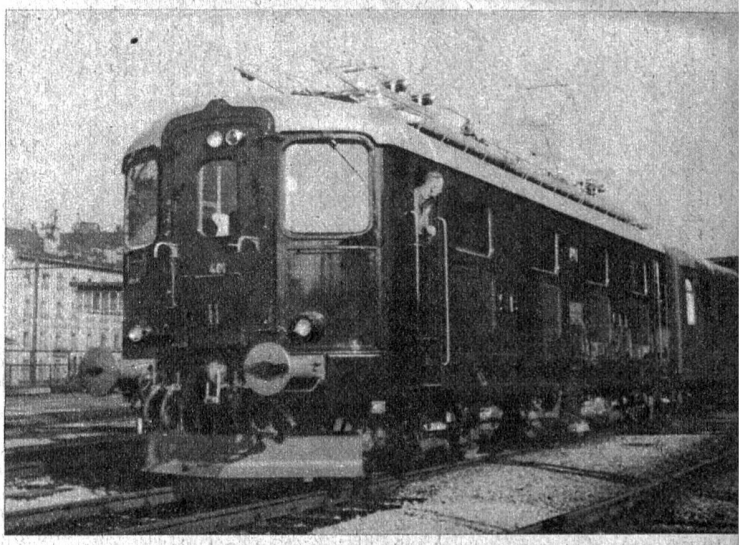
Russland muss hinter dem *Verlangen Syriens auf Rückgabe des Hafens Alexandrette und des ganzen «Sandschaks»* durch die Türken gesucht werden. Russland steht als moralische Macht hinter den Arabern in der Palästinafrage, denn die Kommunisten aller Länder und die bolschewistische Staatsmacht erblicken in einem «jüdischen Staate» nur ein Aushilfsmittel, welches überflüssig wird, sobald man den Juden überall einen erträglichen Aufenthalt zusichert. Ein Arabertum, welches unter russischer Begünstigung die Türken bei Alexandrette angreift, ist ungefähr dasselbe wie ein «Eam-Griechenland», welches wie ein Arm die Türkei westlich umfasst. Man setze den Zirkel an, ziehe um den Mittelpunkt Sewastopol in der Krim einen Kreis, der von Kreta über Syrien nach Aserbeidschan verläuft, und man erkennt die *Einkreisung der britisch-verbündeten Türkei*. Auf dieser Front drängt Russland gegen das Mittelmeer, so wie es in Iran zum offenen Ozean drängt. Aber

«Englandstützt sein Hellas».

So las man letzte Woche in einer schweizerischen Zeitung. *England gewährt Griechenland eine überraschend grosse Anleihe*, beliefert es ausserdem mit Waren, erlässt ihm die Zinsen für den Riesenpump und einen frühern, wird dafür sorgen, dass der *Dodekanes und Cypern* den nationalen Bestand vergrössern, wird seine Flotte bereit halten, für den Fall, dass sich die «bedrohten nördlichen Nachbarn» auf *Saloniki und Mazedonien* stürzen möchten, kurz, wird entschlossen alles tun, um die griechische Volksstimmung endgültig für London zu gewinnen und die prorussischen Strömungen langsam zum Versiegen zu bringen. Wenn es auch dafür sorgt, dass die sozialen Probleme dieses armen Landes im Sinne des britischen Labourprogrammes gelöst werden, wird wohl eines Tages die britische Armee abziehen dürfen. Für den jetzigen Moment aber wird der Sicherheitsrat der «UNO» London gegen die russische Klage schützen müssen ... und niemand glaubt, dass er das nicht tun werde. Die Stimmenverhältnisse sprechen gegen die Russen.

Soll man auch sagen, *England werde «sein Iran stützen?»* Das scheint nach dem *Regierungsumsturz in Teheran* nicht mehr möglich. Eher könnte man behaupten, nun werde *Russland «sein Iran gründlich einspinnen»*, wie die Spinne die Fliege. Denn die Russen haben hier erreicht, was sie wollten. *Eine persische Delegation reist nach Moskau*, nachdem *der Sicherheitsrat die beiden Parteien angewiesen, direkt zu verhandeln*. Diese Anweisung diente übrigens Bevin als scharfes Argument gegen Wyschinski. Der russische Delegationschef hatte behauptet, der Sicherheitsrat brauche sich nicht mit dem russisch-iranischen Handel zu befassen, da beide Parteien ihre Verhandlungsmöglichkeiten gar nicht erschöpft hätten. Warum denn Moskau nicht versucht habe, fragte Bevin, in der griechischen Frage *direkt* mit London zu konferieren? Dem Sicherheitsrat wird damit förmlich der Weg gewiesen, um sich einer unangenehmen Abstimmung zu entziehen.

Natürlich wird mit einer solchen Ausweichtaktik kein einziges Problem gelöst, und mit dem «Ballwerfen», mit dem Abwälzen der Verantwortung von der internationalen Stelle auf die Parteien ergibt sich eben, dass alles vom guten Willen dieser Partei abhängt. Wir möchten den Tag erleben, da der «Sicherheitsrat» einen Entscheid fällt ... und da die angeklagte Grossmacht, gegen welche sich dieser Entscheid richtet, sich fügt! Das wäre ein erstes Beispiel «universeller Autorität» über Einzelinteressen. Der Fall Griechenland ist noch nicht einmal so heikel. Hier würde der Rat «gegen den *Kläger* Russland» *entscheiden* müssen, ohne ihm einen Verzicht zuzumuten ...



Die neue Schnellzugslokomotive der SBB

Bern—Genf in 98 Minuten

Was die massgebenden Köpfe in der Leitung unserer SBB während des Krieges unentwegt zu erfüllen trachteten, das ist nun zur Tat geworden: in der *Re 4/4-Lokomotive* ist ein neuer Zugführungstyp geschaffen worden, der mit Recht als das *modernste Modell Europas* bezeichnet werden darf. Er wird gegenwärtig in Serien hergestellt und dürfte, in Bälde eingesetzt, dazu führen, dass die grossen Durchfahrtsstrecken der Schweiz ganz wesentliche Zeiteinsparungen zu verzeichnen haben werden.

Eine Pressefahrt am Donnerstag, den 31. Januar, verschaffte den Zeitungsleuten Gelegenheit, die Errungenschaft praktisch zu begutachten: man fuhr von Bern nach Genf (mit einem einminütigen Aufenthalt in Lausanne) und benötigte hiezu sage und schreibe nur 98 Minuten! Wie aus den trefflichen Worten der Herren Generaldirektor *Paschoud* und Ingenieur Dr. *Meyer* hervorging, ist diese neue Lokomotive als Sinnbild einer Gemeinschaftsarbeit zwischen massgebenden einheimischen Industrien und der SBB zu bewerten.

Die neuen Re 4/4-Lokomotiven dienen in erster Linie für die Führung der *Leichtschnellzüge*, deren Zahl in nächster Zeit noch vermehrt wird. Sie besitzen eine *Stundenleistung von 2240 PS* und weisen in betriebsbereitem Zustand ein *Gewicht von nur 56 Tonnen* auf. Als Vergleich seien die in den Jahren 1925 bis 1929 gebauten Ae 3/6-Lokomotiven erwähnt, die gegenwärtig die Leichtschnellzüge führen und die bei einer Stundenleistung von 2100 PS 95 Tonnen wiegen. Diese ältere Lokomotive besitzt neben den drei Triebachsen noch drei Laufachsen, während die neue Maschine vier Triebachsen und keine Laufachse mehr aufweist. Die neue Lokomotive wird imstande sein, Züge von 300 bis 350 Tonnen, d. h. von zehn Leichtstahlwagen, auf den Strecken des schweizerischen Mittellandes mit Geschwindigkeiten zu befördern, die bis jetzt nur von allein fahrenden Schnelltriebwagen (ein- und mehrteilige Rote Pfeile) erreicht worden sind. Die höchste Fahrgeschwindigkeit beträgt in jedem Fall *125 Stundenkilometer*. Dank des geringen Achsdruckes von nur 14 Tonnen (gegenüber 18 bis 20 Tonnen bei den andern elektrischen Lokomotiven) ist es auch möglich, mit diesen Lokomotiven die Kurven rascher als bisher zu fahren.

Die Lokomotive besitzt ausser der besonders für hohe Geschwindigkeiten gebauten *Rapid-Druckluftbremse* eine elektrische *Nutzstrombremse*, bei welcher bei Fahrten im Gefälle oder zum Abbremsen die Triebmotoren als Generatoren arbeiten und die so erzeugte elektrische Energie in die Fahrleitung zurückspeisen. Sie ist überdies mit der auf allen elektrischen SBB-Triebfahrzeugen vorhandenen Sicherheitssteuerung (Totmann-Steuerung) und der bekannten Einrichtung für automatische Zugssicherung versehen.

Am Bau dieser Lokomotive sind zur Hauptsache die *Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur*, die *AG Brown, Boveri & Cie. in Baden*, die *Maschinenfabrik Oerlikon* und die *Société Anonyme des Ateliers de Sécheron in Genf* beteiligt. Die Erstellungskosten pro Lokomotive liegen zwischen 650 000 und 700 000 Franken. Das Gemeinschaftswerk dieser Firmen mit der Abteilung für Zugsförderung und Werkstättendienst bei der Generaldirektion der SBB stellt zweifelsohne einen Triumph für schweizerische Arbeitsmöglichkeiten dar, um den uns das Ausland beneiden dürfte. K. J.